

**Konsolidierungsprogramm 2011–2013****Bildung und Forschung verlieren eine halbe Milliarde**

**Der Bundesrat will die Finanzen konsolidieren. Die Bildung, Forschung und Innovation spielt bei diesem Vorhaben eine wichtige Rolle. In manchen Bereichen sinken ihre Mittel im Jahr 2011 um 3 Prozent. Für die Hochschulen und Forschungsförderungsorgane bedeutet dies eine Rückkehr zum «go and stop».**

Mit dem Konsolidierungsprogramm 2011-2013 (KOP) will der Bundesrat bis 2013 die Investitionen in die wichtigsten Bereiche der Bildung, Forschung und Innovation (BFI) um eine halbe Milliarde Franken kürzen. Neben der Bildung sind der Verkehr und die soziale Wohlfahrt ähnlich stark von den Sparmassnahmen betroffen.

Unabhängig von den reduzierten Wachstumssätzen oder den angekündigten Kürzungen – zahlreiche Aufgabengebiete sind vom KOP betroffen. Die Berechnungsgrundlagen dürfen jedoch in Frage gestellt werden, basieren sie doch auf überholten Wirtschaftsdaten vom Herbst 2009. Für die Hochschulen, den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und die Förderagentur für Innovation (KTI) beläuft sich die Rechnung deshalb auf mehrere hundert Millionen Franken.

**Editorial****Go and crash!**

Das Konsolidierungsprogramm (KOP, siehe unten) des Bundesrates zielt auf eine verantwortungsvolle Finanzpolitik. Konsolidieren bedeutet für die Bildung und Forschung, im Jahr 2011 mit einem Mittelwachstum von unter 3 Prozent auszukommen. Definitiv weiss man das aber erst am 17. Dezember 2010 – falls das Parlament dem Bundesrat folgt. Gleichzeitig sollen die betroffenen Institutionen jährlich doch bitte rund 7 Prozent mehr Studierende ausbilden, Lösungen für die sozio-ökonomischen Herausforderungen unseres Landes finden und im internationalen Wettbewerb an der Spitze bleiben. Im Jahr 2007 versicherte Finanzminister Merz im Namen des Bundesrates, es werde in dieser Legislatur bei den Mitteln für die Bildung, Forschung und Innovation (BFI) kein «go and stop» geben. Ein schnell vergessenes Versprechen in Anbetracht des KOP! Das missfällt auch den Parteien, die dem Bundesrat ebenfalls geglaubt haben. Hinzu kommt noch eine stossende Ungleichbehandlung: Die ETHs, die Universitäten und der Schweizerische Nationalfonds (SNF) sollen mit weniger Mitteln mehr leisten. Die Fachhochschulen und die Berufsbildung sind vom KOP hingegen praktisch nicht betroffen. Wo bleibt da die berühmte, vom Bundesrat oft geforderte Koordination zwischen

den Bundesämtern? Zudem kündigt der Bundesrat für die kommenden Jahre bereits jetzt eine reduzierte Wachstumsrate an, obwohl das Parlament die Ziele der BFI-Botschaft 2012 und der Botschaft 2013-2016 noch nicht diskutiert hat. Damit wendet der Bundesrat auf die Bildung und Forschung reine Finanzmechanismen an, ohne den Input der betroffenen Akteure zu berücksichtigen. Das KOP basiert auf überholten Wirtschaftsprognosen und lässt Zukunftsvisionen vermissen. Mit seiner Strategie nimmt der Bundesrat einen Qualitätsverlust bei der Bildung in Kauf. Er bestraft die Hochschulen, die erfolgreich Mittel auf internationaler Ebene einwerben, aber nun in ihrem eigenen Land nicht mehr unterstützt werden. Er unterbricht laufende Programme, wie etwa die Chancengleichheitsprogramme an den Fachhochschulen. Er vernachlässigt die Nachwuchsförderung für eine Wirtschaft, der Spezialisten fehlen, und für Studierende, denen Lehrkräfte fehlen. Das Konsolidierungsprogramm ist gefährlich. Der Bundesrat stützt unseren Hochschulen damit die Flügel und reduziert ihren Treibstoff in vollem Flug. Er könnte ihnen gerade so gut zurufen: «Go and crash»!

**Christophe Darbellay, Nationalrat**  
Mitglied des Politikerteams FUTURE

**Rückkehr des «go and stop»**

Für die Verantwortlichen der BFI-Institutionen bedeuten die Kürzungsvorschläge eine Rückkehr zum «go and stop». Das Parlament war für die laufende Legislatur fast einstimmig gegen diese Form der Bildungspolitik, denn das «go and stop» verunmöglicht jegliche – zwingendermassen mehrjährige – Anstrengungen in der Bildung, in Forschungsprojekten oder Innovationsprogrammen.

Das KOP wird aber genau dies provozieren. Rechnet man alle Massnahmen zusammen, werden den ETHs und den Universitäten am 1. Januar 2011 die Mittel um 3 Prozent gekürzt – und die Rektoren und Präsidenten sollen nach Lösungen suchen. Hinzu kommt das langsamere Wachstum der Beiträge an den SNF (Overhead), das sich ebenfalls auf die Hochschulen auswirken wird.

**Junge Forschende werden bestraft**

Auch der SNF und die KTI bleiben nicht verschont. Diese Sparmassnahmen bestrafen die 80 Prozent der jungen Forschenden in der Schweiz, welche vom SNF unterstützt werden. Dabei verlangt doch die Wirtschaft nach mehr Nachwuchskräften.

**Zum Nachteil der Chancengleichheit**

Eine weitere «go and stop»-Massnahme ist die Streichung der Bundesbeiträge an

Fortsetzung von Seite 1

die Chancengleichheitsprogramme an den Fachhochschulen. Den Fachhochschulen fehlt es nun an Mitteln für Programme, die teilweise erst 2008 lanciert wurden. Die Ziele seien erreicht worden, begründet der Bundesrat die Kürzung. Mitnichten! Zwar konnten Verbesserungen erreicht werden, aber der Anteil an Professorinnen ist in zahlreichen Fachbereichen nach wie vor sehr gering.

**Parlament bestimmt Strategie**

Für den BFI-Bereich ist das Jahr 2011 ein strategisch bedeutendes Jahr, denn es dient als Grundlage für die Planung für 2012, welches ein Verlängerungsjahr vor der nächsten vierjährigen Botschaft 2013-2016 ist (siehe rechts). Deshalb wirken sich alle Investitionskürzungen für 2011 direkt auf die Mittel der kommenden Legislatur aus.

Dem geneigten Beobachter fällt zudem noch etwas auf: Indem man von den Parlamentarierinnen und Parlamentariern verlangt, ein Konsolidierungsprogramm zu beraten, das auch den BFI-Bereich betrifft, beraubt man sie der Möglichkeit, im Rahmen der BFI-Verlängerungsbotschaft 2012 und der Vierjahresbotschaft 2013-2016 strategische Überlegungen anzustellen.

**news**

Mehrjahresplanungen  
2012-2016

**Nachwuchsförderung hat Priorität**

Die Akademien der Wissenschaften Schweiz, der Schweizerische Nationalfonds (SNF) und die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS) legen in ihren im März 2010 publizierten Mehrjahresprogrammen 2012 bis 2016 eine Priorität auf die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. So soll das Defizit der Schweiz an exzellenten jungen

Talenten ausgeglichen werden. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Investition in gemeinsame komplexe Forschungsinfrastrukturen. Diese sind nötig, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Bildungs- und Forschungsplatzes zu erhalten. Die dritte Priorität gilt dem Wissens- und Technologietransfer, den die drei Institutionen in der kommenden Periode weiter verstärken möchten. Die vierte Priorität liegt auf den Forschungsrahmenprogrammen der EU. Der Forschungsplatz Schweiz profitiert stark von diesen Fördergeldern und schneidet bei den Programmen sehr gut ab: Aktuell trägt die Schweiz mit 2,6 Prozent zur Finanzierung des 7. Forschungsrahmenprogramms (FP7) bei, während Schweizer Forschende 3,8 Prozent der Fördergelder akquirieren.

BFI-Botschaften

**Die Agenda des Bundesrates ist bekannt**

Nach der Beratung des Budgets 2011 und des Konsolidierungsprogramms (KOP) wird das Parlament in den nächsten zwei Jahren auch zwei Botschaften über die Förderung der Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaften) diskutieren:

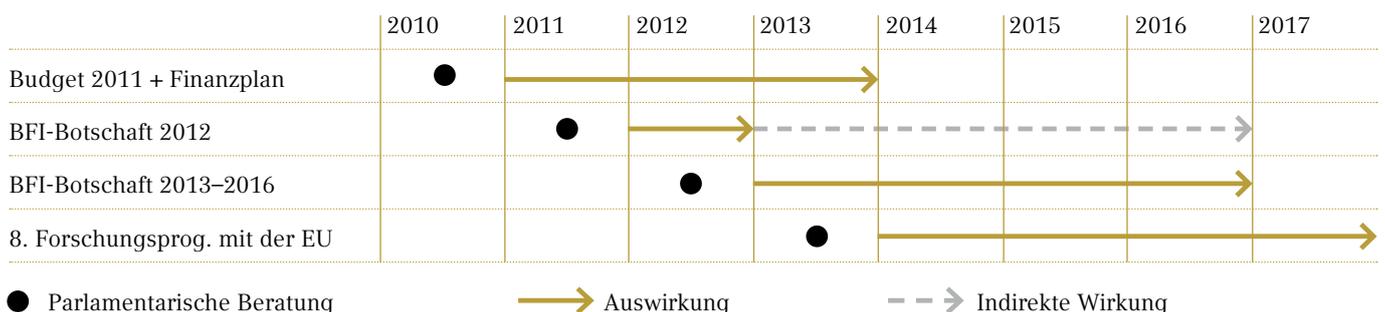
- Die erste BFI-Botschaft für das Jahr 2012 «verlängert» diejenige der aktu-

ellen Periode. Der Bundesrat wird sie Ende dieses Jahres an das Parlament überweisen. Die Räte behandeln sie dann Anfang 2011.

- Die BFI-Botschaft 2013 bis 2016 wird der Bundesrat Anfang 2012 publizieren, nach der Annahme der Legislaturplanung. Die Beratung durch das Parlament ist für die Frühlings- und Sommersession 2012 geplant.

Im Jahr 2013 diskutiert das Parlament zudem die Teilnahme der Schweiz am 8. Forschungsrahmenprogramm der EU, das 2014 beginnt (siehe Grafik).

**Parlamentarische BFI-Fristen 2010–2013**



**news**

Bundesratsreform

**Endlich ein Bildungsdepartement?**

An seiner Klausursitzung zur Regierungsreform am 1. Mai 2010 bestätigte der Bundesrat seine im März angekündigten Vorhaben: Er will die Amtsdauer des Bundespräsidenten auf zwei Jahre verlängern und die Regierungstätigkeit durch mehr Staatssekretäre stärken. Die Departementsreform hat er vertagt. Um das Problem der zurzeit auf zwei Departemente (Departement des Inneren (EDI) und Volkswirtschaftsdepartement (EVD)) verteilten Bildungsangelegenheiten zu lösen, stehen dem Bundesrat mehrere Optionen offen. Zu vernehmen war etwa, die Bildung könnte im EVD vereint werden. Sowohl von politischer wie von akademischer Seite wurde allerdings mehrfach ein einziges Departement für die Bildung gefordert. Denn nur wenn sich ein Bundesrat voll und ganz für die Bildung einsetzen kann und ihr Budget mit dem gleichen Engagement verteidigt, wie das bei anderen wichtigen Bereichen der Fall ist, ist eine langfristige und sichere Förderung der Bildung und Forschung gewährleistet. Der Bundesrat wird seine definitiven Entscheide zur Regierungsreform bis zum Sommer 2010 bekannt geben.

Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG)

**Autonomie der Hochschulen stärken**

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S) folgte in der Detailberatung des Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetzes (HFKG, 09.057) bisher weitgehend den Vorschlägen ihrer Subkommission, die sich seit Herbst 2009 mit dem Entwurf des Bundesrates beschäftigt hatte. Ein wichtiges

Anliegen der Subkommission war es, die starke Planungskomponente des Gesetzes abzumildern und die Autonomie der Hochschulen zu stärken. So ersetzt der Begriff «Koordination» durchgängig die Ausdrücke «Planung» respektive «Steuerung». Es war der Subkommission zudem ein Bedürfnis, die Gleichstellung der Geschlechter stärker im HFKG zu verankern: Ihr Vorschlag, die Chancengleichheit in den Zielkatalog (Art. 3) aufzunehmen, scheiterte jedoch knapp in der Kommission. Offen blieb die Frage der gemeinsamen Organe zur Koordination des Hochschulraums. Eine Minderheit der Subkommission fordert hier eine stärkere Gewichtung der Hochschulkantone sowie eine Stärkung der Position des ETH-Rats. Dieser soll nicht nur beratend an den Sitzungen der Hochschulkonferenz teilnehmen, sondern auch Antragsrecht haben. Die WBK-S wird das HFKG am 28. Juni 2010 weiter beraten. Der Ständerat könnte das Geschäft also in der Herbstsession behandeln.

Stipendien

**Studierende lancieren Volksinitiative**

Der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) wird eine Volksinitiative zu den Stipendien lancieren. Die Studierenden wollen die kantonal unterschiedlichen Stipendienregelungen durch ein nationales Stipendiensystem ersetzen. Das Stipendienkonkordat der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), für das zurzeit das Beitrittsverfahren läuft, erlaube eine solche Harmonisierung nicht. Offiziell wird die Volksinitiative Anfang Juli 2010 lanciert.

**News auf netzwerk-future.ch**

Auf der Website des Netzwerks FUTURE [www.netzwerk-future.ch](http://www.netzwerk-future.ch) finden Sie täglich aktualisierte News zum Thema Forschung, Bildung und Innovation.

**sms****Schweiz wieder Europameisterin der Innovation**

Die Schweiz liegt im European Innovation Scoreboard 2009 (EIS) wie schon im Vorjahr an der Spitze und liess Schweden, Finnland, Deutschland und Grossbritannien hinter sich. Besonders gut schnitt sie bei der Entwicklung von Hightechprodukten und in den Bereichen Forschung und geistiges Eigentum ab.

**Agentur mit Umsetzung der EU-Jugendprogramme beauftragt**

Die ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit in Solothurn wird als nationale Agentur die Vollbeteiligung der Schweiz an den EU-Programmen «Lebenslanges Lernen» und «Jugend in Aktion» umsetzen. Die Agentur wird ihre Tätigkeit im Oktober 2010 aufnehmen.

**Kosten der Hochschulen im Jahr 2008**

Im Jahr 2008 betrug die Kosten der universitären Hochschulen 6,3 Milliarden Franken. Gegenüber 2007 entspricht dies einer Zunahme von 5 Prozent. Die Fachhochschulen verzeichneten im Jahr 2008 Kosten von rund 3,4 Milliarden Franken. Der Aufwand nahm damit gegenüber 2007 um 13 Prozent zu. Detaillierte Zahlen finden sich in den Publikationen «Kosten der universitären Hochschulen 2008» und «Finanzen der Fachhochschulen 2008» des Bundesamtes für Statistik.

[www.bfs.admin.ch](http://www.bfs.admin.ch) → Aktuell → Publikationen

**Höheres Kontingent für qualifizierte ausländische Arbeitskräfte**

Der Bundesrat hat für die zweite Jahreshälfte 2010 das Kontingent für gut qualifizierte Arbeitskräfte aus Ländern von ausserhalb der EU/EFTA (Europäische Freihandelsassoziation) erhöht. Dadurch sollen der Wirtschaft auch in der zweiten Jahreshälfte genügend qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen.

*Fortsetzung auf Seite 4*

**SMS***Fortsetzung von Seite 3***Botschaft über Teilnahme am XFEL-Röntgenlaserprojekt**

Der Bundesrat hat die Botschaft über die Teilnahme der Schweiz an XFEL, der Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage, an das Parlament überwiesen. Die Schweiz soll sich bis 2015 mit 26,7 Millionen Franken am Projekt beteiligen. Dieser Betrag wurde vom Parlament bereits 2007 bewilligt.

**Erfolgreiches Jahr 2009 für den ETH-Bereich**

Der ETH-Bereich konnte 2009 den Wissens- und Technologietransfer intensivieren und seine internationale Spitzenposition ausbauen. Durch ein gesteuertes Wachstum der Studierendenzahlen (+7,1 Prozent) sei er den Bedürfnissen der Schweizer Wirtschaft nach mehr hoch qualifizierten Arbeitskräften nachgekommen, sagte ETH-Ratspräsident Fritz Schiesser an der Jahresmedienkonferenz des ETH-Rats.

**Fachtagung zum Weissbuch der Akademien**

Der Streit zwischen allgemeiner Bildung und Berufsbildung sei zu beenden und das Schweizer Bildungssystem müsse vereinfacht werden. Zudem brauche es eine höhere Durchlässigkeit und eine stärker national abgestimmte Steuerung des Bildungssystems. Dies forderten Politikerinnen und Politiker sowie Vertreter von Bildungsinstitutionen und Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden an einer Tagung zum Weissbuch der Akademien der Wissenschaften Schweiz.

**Acht neue Nationale Forschungsschwerpunkte**

Der Bundesrat hat acht neue Nationale Forschungsschwerpunkte (NFS) in den Bereichen Robotik, Medizin, chemische Biologie, Soziologie, Quantenwissenschaft, Neurowissenschaft, Biochemie und Quantenelektronik genehmigt. Sie

werden an den Universitäten Bern, Lausanne, Genf und Zürich sowie an der ETH Lausanne (2) und der ETH Zürich (2) durchgeführt. Bis 2013 wird der Bund jährlich rund 30 Millionen Franken in die neuen NFS investieren. Die NFS sind ein Instrument zur langfristigen Förderung der Grundlagenforschung.

**Schweiz fördert Forschernachwuchs aus neuen EU-Mitgliedsländern**

Nach der ersten Ausschreibung des Programms für den wissenschaftlichen Austausch zwischen der Schweiz und den neuen EU-Mitgliedstaaten (Sciex-NMS<sup>ch</sup>) werden 26 Nachwuchsforschende aus Polen, der Tschechischen Republik und Estland einen Forschungsaufenthalt an einer Schweizer Hochschule antreten. Die Förderbeiträge belaufen sich auf insgesamt 1,9 Millionen Franken. Sciex-NMS<sup>ch</sup> ist Teil des EU-Erweiterungsbeitrages der Schweiz zu Gunsten der neuen EU-Mitgliedstaaten.

**Nationales Forschungsprogramm 63 zu Stammzellenforschung**

Der Schweizerische Nationalfonds (SNF) hat das Nationale Forschungsprogramm 63 (NFP 63) «Stammzellen und regenerative Medizin» lanciert. Er wird zwölf Projekte mit insgesamt zehn Millionen Franken finanzieren. Das NFP 63 soll zu einem besseren Verständnis der Funktionsweise von Stammzellen beitragen und eine Grundlage für künftige medizinische Anwendungen schaffen. Die Forschungsarbeiten sind am 1. März 2010 gestartet und dauern bis 2013.

**Über 700 Millionen in Grundlagenforschung investiert**

Im Jahr 2009 hat der Schweizerische Nationalfonds (SNF) rund 2'900 Forschungsvorhaben mit einem Gesamtbetrag von 707 Millionen Franken bewilligt. Gemäss Jahresbericht reichten die Forschenden im Vergleich zum Vorjahr deutlich mehr Gesuche ein, was den Wettbewerb um Forschungsgelder verschärft hat.

**Impressum**

Bim Zytglogge 1  
3011 Bern  
Tel. 031 351 88 46  
Fax 031 351 88 47  
[www.netzwerk-future.ch](http://www.netzwerk-future.ch)

© Netzwerk FUTURE 2010

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik. Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.